

Einleitung

“When I get older...”

Wenn ich einmal alt bin – das Rentenbuch

“When I get older losing my hair
Many years from now

....

Will you still need me, will you still feed me
When I’m Sixty-Four“

Die Beatles stellten in jungen Jahren die besorgten Fragen:

Wenn ich einmal alt bin: Werde ich dann noch akzeptiert? Werde ich noch gebraucht? Werde ich noch geliebt? Werde ich noch (ausreichend) versorgt?

Oder kürzer: Werde ich noch würde- und respektvoll behandelt?

Die Fragen, auch wenn sie im Beatles-Song auf eine Zweierbeziehung abstellen, sind gut auf die Gesellschaft übertragbar. Sie sind berechtigt und werden immer aktueller. Die Beziehungen der **Generationen** zueinander hat eine sehr fundamentale gesellschaftliche Bedeutung.

Seit Menschengedenken haben Gesellschaften mit Respekt und Solidarität den letzten Lebensabschnitt ihrer Mütter und Väter begleitet. Materielle Opfer wurden dabei von den oft knappen eigenen Mitteln geleistet. Das war gelebte Praxis in Familien- und Stammesverbänden, oder auf Kommunal- und Staatsebenen. Die UN-Generalversammlung erklärte 1990 den 1. Oktober gar zum „internationalen Tag der älteren Menschen“.

Noch in der letzten Instanz des Menschenlebens haben frühere Gesellschaften trotz aller Mühen und Beschränkungen den Alten Respekt und Empathie gezollt. Davon zeugen die vielfältigen Grabbeigaben und die Rituale bei Naturvölkern und Nomaden, mit denen siechenden Menschen ein würdevolles Ende bereitet wurde.

Seit Jahrhunderten wird in der Landwirtschaft eine Art Generationenvertrag mit dem Altenteilrecht gepflegt. Mit Abgabe des Hofbetriebs erhielten die Alten die Zusage, bis zu ihrem Lebensende mit Wohnraum und Nahrung versorgt zu werden.

Der Respekt und die Empathie für die Alten blieben auch in den industriellen Gesellschaften erhalten. Die Solidarität der Jungen mit den Alten wurde medial und gesetzlich nie in Frage gestellt. In Deutschland schuf man mit dem „Generationenvertrag“, dem Versprechen, dass die Jungen für die Alten sorgen, das Recht auf eine auskömmliche Altersversorgung. Die wurde dynamisiert direkt an die

allgemeine Lohnentwicklung und damit an die Entwicklung des erkämpften Wohlstands gekoppelt.

Auch das gab die gesellschaftliche Entwicklung her: In den entwickelten Ländern vor allem des Nordens wurden die Menschen immer älter. Die ökonomische Entwicklung und der medizinische Fortschritt schufen die Voraussetzungen für ein gesünderes und längeres Leben. Ein längerer dritter Lebensabschnitt ohne Zwang zur Arbeit wurde möglich, ohne die arbeitenden Generationen merklich zu belasten. Der Lebensstandard für alle Generationen stieg in einem historisch noch nie dagewesenen Tempo.

Das klingt zwar alles sehr idealisiert und für viele scheint die Darstellung, im Angesicht ihrer miserablen Lebenssituation, sicher wie ein Hohn. Aber wenn man die großen historischen Linien betrachtet, ist das ein realistisches Bild. Vor allem macht es aber deutlich, die Voraussetzungen, dass alle ein Leben ohne materielle Not und Entbehrungen leben können, sind schon lange gegeben. Es gibt keinen Grund zu einer Zeitenwende zurück zu größerer Not und Entsaungen. Im Gegenteil.

Teil I – Analyse – Die Konterreformen

Der respektvolle Umgang mit den Rentnerinnen und Rentnern änderte sich merklich vor etwa 40 Jahren. Die Alten werden zunehmend als Belastung und den Wohlstand gefährdend dargestellt. Ausgehend von neoliberalen Ökonomen und Institutionen, mit Unterstützung von allzu bereitwilligen großen Medienhäusern, wurden Öffentlichkeit und Politiker intensiv bearbeitet. Die **demografische Entwicklung** führe in die Katastrophe – nur ein grundlegender Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik könne sie verhindern. Wichtig schon an dieser Stelle: Es waren immer die gesetzlich versicherten Rentnerinnen und Rentner gemeint. Beamte, gut situierte Selbständige, privilegierte Berufe (wie Ärzte, Rechtsanwälte oder Architekten) und Politiker blieben weitestgehend verschont.

Schon ab 1990 wurde das Versorgungsniveau der Rentner in Deutschland systematisch reduziert. Zu einem grundsätzlichen Wandel von der Umlagefinanzierung zur Kapitalanlage kam es dann 2001 mit der „Riester-Rente“. Es wurde für die Renten eine Berechnungsformel gesetzlich festgelegt, mit der das Rentenniveau systematisch über längere Zeiträume radikal reduziert wurde.

Die Berechnung der Renten und damit des **Rentenniveaus** wurde über den Riesterfaktor, den Nachhaltigkeitsfaktor, den komplexen Lohnfaktor und die nachgelagerte Besteuerung unglaublich kompliziert und intransparent. Nur wenige Fachleute durchblicken die Zusammenhänge und Gewichtung dieser Faktoren. Für die Betroffenen sind sie ein Buch mit sieben Siegeln. (Daran kann auch dieses Buch nur wenig ändern)

Die Ergebnisse der in den 1990er Jahren begonnenen Renten“reformen“, die zum weit überwiegenden Teil Konterreformen waren, sind katastrophal. Der sprunghafte Anstieg der **Altersarmut** ist nur eine Momentaufnahme. Altersarmut wird millionenfach weiter ansteigen und unser Gesellschaftsbild immer stärker prägen, wenn nicht endlich gegengehalten wird. Das Sozialstaatsgebot im Grundgesetz (Artikel 20: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“) wird immer mehr zu Makulatur.

„Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar“⁽⁰¹⁾, mit diesen Worten hat Kanzler Friedrich Merz im August 2025 das weitere Schleifen der errungenen Sozialstandards und damit die Fortsetzung der Angriffe auf die Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen, angekündigt. Zentrales Ziel dieser Konterreform ist die weitere Schwächung der umlagefinanzierten Rentenversicherung, hin zu immer größeren Lohnabzügen, die auf die Konten von Finanzkonzernen gelenkt werden.

Eine unheilvolle Dynamisierung erhalten die Angriffe auf die Sozialsysteme durch die radikale Umsteuerung der Staatsfinanzen in den Militärbereich. Dem „100 Milliarden-Wumms“ für die Finanzierung der „Zeitenwende“ von Olav Scholz, folgte drei Jahre später die grundgesetzlich verbrieft Ermächtigung für Friedrich Merz die „Kriegsfähigkeit“ mit unbegrenzten Mitteln herzustellen.

Wo bleibt der Widerstand?

Die Konterreformen konnten in Deutschland ohne wirksamen Widerstand durchgezogen werden. Es gab zwar eine Reihe von Protestaktionen, die größten waren die Demonstrationen gegen die Agenda 2010 in Berlin, Köln und Stuttgart im April 2004 mit insgesamt 500.000 Teilnehmern, die konnten aber relativ schnell eingefangen werden.

Ein Hauptgrund dafür war, dass die Gesetze im Wesentlichen durch SPD-Regierungen durchgezogen wurden. In einem Spiegel-Interview im Oktober 2000 erklärte Milton Friedman auf die Frage, warum ausgerechnet Sozialdemokraten seine neoliberale Agenda durchsetzen konnten - „Gerhard Schröder senkt die Steuern, saniert den Haushalt und reformiert die Rente“:

„Es ist in der Tat erstaunlich, dass es linken Parteien leichter fällt, rechte Reformen durchzusetzen. Das ist nicht nur in Deutschland so... Ehrlich gesagt, bin ich selber etwas ratlos. Vielleicht können die Linken solch schwierige Reformen eher leisten, weil ihre Wähler trotzdem bei der Stange bleiben, schließlich kommt für sie keine andere Partei in Frage. Das ist bei den Konservativen anders. Die jetzigen Reformen in Deutschland entsprechen eigentlich perfekt den Ideen der Regierung Kohl. Und

dennoch musste erst Gerhard Schröder kommen, um sie durchzusetzen.“ (Der Spiegel 41/2000) ⁽⁰²⁾

Vielleicht der entscheidende Grund für das Ausbleiben des wirksamen Widerstands war, dass die Gewerkschaftsvorstände nie die enge Bindung an die SPD-Führung aufs Spiel setzen wollten. Der Protest blieb gedämpft und halbherzig. Der notwendige Druck aus den Betrieben wurde nie ernsthaft vorbereitet und organisiert. Teilweise wurde bei den Agenda-Maßnahmen sogar kooperiert. Etwa bei der Riesterreute, der Entgeltumwandlung bei „Betriebsrenten“, dem Zwang Vermögenswirksame Leistungen als Altersvorsorge anlegen zu müssen.

Prototypisch für die Vasallentreue der Gewerkschaftsvorstände mit der SPD, waren die erwähnten Großen Demonstrationen am 3. April 2004. In Berlin rief der DGB-Vorsitzende Michael Sommer am Ende seiner Rede vor 250.000 Menschen in Richtung Kanzleramt: *„Und Gerhard (Schröder), wenn Du die (Hartz 4) Gesetze nicht zurücknimmst, dann kommen wir wieder!“* 18 Monate später wurde er auf einer Funktionärskonferenz in Kiel gefragt, warum keine weiteren Protestaktionen organisiert wurden wie angekündigt. Die Kolleginnen und Kollegen fühlten sich im Betrieb hingehalten, einige verar...t. Darauf antwortete Sommer nicht direkt, sondern so: Er hätte am Tag nach der Demonstration entspannt und zufrieden am Frühstückstisch gesessen. Da klingelte das Telefon (Gedankenpause) und am Ende des Gesprächs wäre ihm nichts mehr eingefallen – er hätte minutenlang in seinen Garten gestarrt... Wer der Anrufer war, hat er nicht verraten. Es wird Schröder oder Müntefering gewesen sein. Die Worte von Michael Sommer waren eine seltene Enthüllung darüber, über welche Kanäle direkte politische Einflussnahmen geschehen. ⁽⁰³⁾

Hinzu kommt die gepflegte Selbstbeschränkung der Gewerkschaften, niemals politische Streiks durchführen zu wollen. Für Tarife seien die Gewerkschaftsmitglieder zuständig, für Gesetze die Wähler. Daran will man nicht rütteln. Politische Streiks bis hin zu Generalstreiks in den Nachbarländern wurden von Gewerkschaftsvorständen in der Regel mit Naserümpfen und wenig Solidarität begleitet.

Ein weiterer grundlegender Faktor für das Ausbleiben von wirkungsvollem Widerstand ist die Berichterstattung in den großen Presseorganen und Medienanstalten. Die Medien waren und sind in ihrer großen Majorität unkritische Begleiter bei der Demontage der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente. Tenor der Veröffentlichungen in Schlagworten: Die katastrophalen Folgen der Babyboomer, die unerträgliche Ausbeutung der Jungen durch die Alten, die großartigen Renditeaussichten bei der Altersvorsorge an den Finanzmärkten, die fatale Belastung der Wirtschaft durch Lohnnebenkosten, die unbestrittene Expertise von

(neoliberalen) Wissenschaftlern zur Rente, die politische Dominanz der Alten mit der eine Altendiktatur droht und so weiter und so fort.



Prototypische Schlagzeilen, die sich in allen Mainstream-Medien fanden.

All das erwies und erweist sich bei näherer Betrachtung und nach Überprüfung mit realen Daten als im besten Fall Übertreibungen. In vielen Fällen aber auch als handfeste Falschinformationen, nicht selten auch als dreiste Lügen.

Diese Art der Berichterstattung beherrscht die veröffentlichte Meinung seit über drei Jahrhunderten. Erstaunlich ist dabei, dass die Meinung der Rentenversicherten und der Rentnerinnen und Rentner, davon jedoch kaum berührt wurden. Der Wille der Betroffenen findet so gut wie keinen Widerhall in den großen Medien.

Dabei werden Willen und Meinung seit vielen Jahren eindeutig in Meinungsumfragen dokumentiert. Sie stehen bei Rentenfragen vollkommen konträr zu den von großen parlamentarischen Mehrheiten beschlossenen Gesetzen. Die Demokratie wird so zu einer leeren Floskel.

Im Februar 2015 antworteten bei einer EMNID-Umfrage auf die Frage: „Würden Sie eine Partei wählen, die die Renten kürzen will?“ 89 Prozent mit „Nein“. Gewählt wurden dann bei den Bundestagswahlen 2017 mit 73 Prozent genau die Parteien, die für die Kürzung der Renten gesorgt hatten und auch für die Zukunft keine Änderung des Kürzungskurses versprochen. Wie konnte das sein?

Erklärbar ist das aus zwei Gründen. Zum einen wurde das falsche Bild vermittelt „die Renten seien ja in keinem Jahr gesunken“. Das stimmt, wenn man die nominale

Rentenhöhe betrachtet. Tatsächlich sind die realen Renten, genauer die Rentenkaufkraft, aber stark gesunken, weil sie weit hinter den Preissteigerungsraten zurückblieben. So viel Aufklärung blieben die Medien ihrem Publikum schuldig und verhinderten so bei den Betroffenen ein Bewusstsein über ihre (gemeinsame) Lage.

Zum anderen hat jeder Wähler alle vier Jahre die Gelegenheit seine Interessen und sein Wollen mit einem einzigen Kreuz auf dem Wahlzettel zu bekunden. Eine sehr komplexe Interessenlage wird in einem extrem unterkomplexen Kreuz ausgedrückt. Die mit dem Kreuz beauftragten Politiker/Parteien können dann frei und wenig konkret interpretieren, was ihre Wähler gewollt haben könnten. Und es ist wiederum eine seltene Offenbarung, wenn ein Politiker beklagt, *„Wir werden als Koalition an dem gemessen, was in Wahlkämpfen gesagt worden ist. Das ist unfair!“*⁽⁰⁴⁾

Der Satz stammt von Franz Müntefering aus dem Jahr 2006, der als Arbeitsminister die Einführung der Rente mit 67 forcierte. Das war eine Renten“reform“, die weder im Wahlprogramm der SPD noch der CDU vorkam, aber mit das erste Gesetzesvorhaben der Großen Koalition Merkel/Müntefering wurde.

Eine Erkenntnis aus diesen Erfahrungen kann nur sein, dass eine wirkungsvolle und den Namen verdienende Demokratie nur möglich ist, wenn die repräsentative parlamentarische Vertretung durch verbindliche Volksabstimmungen zu wichtigen Fragen des gesellschaftlichen Lebens fundamentiert wird. Hierzu ist jeweils eine gründliche öffentliche Debatte erforderlich - da kann man von der Schweiz einiges lernen (siehe Seite 112).

Teil II – Therapie – Reset und gründlicher Neustart

Die Umstellung auf das Drei-Säulen-Modell nach neoliberalen Drehbuch ist gründlich gescheitert. Die dazu erlassenen Gesetze wurden vor 25 Jahren als Paradigmenwechsel gelobt und gefeiert. Die Folgen sind eine beschleunigte Steigerung der Altersarmut und eine dauerhafte Absenkung der Rentenkaufkraft. Überfällige Maßnahmen, wie die Beseitigung der krassen Ungleichbehandlung, einem regelrechten Klassenrecht, bei der Altersversorgung blieben aus.

Kleine Korrekturen werden nicht ausreichen, um dieses marode gemachte Versorgungssystem zu reparieren. Dazu ist ein erneuter Paradigmenwechsel notwendig. Ein gründlicher Neustart, eine Rentenreform die ein würdevolles Leben im Alter möglich macht.

Wie kann so ein grundlegender Neustart bei der Rente aussehen? Wichtig ist zunächst, klare Vorstellungen von den wichtigsten Zielen zu bekommen. Was wären auskömmliche Renten, wie kann Altersarmut verhindert werden, wie sähe ein gerechtes Versorgungssystem aus?

Ein Blick in die Geschichte und ins Ausland gibt Hinweise, dass das Renten-Rad nicht neu erfunden werden muss. Der **Rentenreform von 1957** gingen gründliche wissenschaftliche und politische Debatten voraus. Ergebnis war bezüglich der Rentenhöhe, dass ein Umlageverfahren dem Kapitaldeckungsverfahren deutlich überlegen ist. Die feste Koppelung der Renten an die Lohnentwicklung war ein fester Bestandteil der Reform. Dieses Rentensystem funktionierte in Deutschland von 1957 bis 1990 im Großen und Ganzen recht gut (mit Einschränkungen, siehe Seite 75). Es liegt auf der Hand bei den Reformen auf dieses System zurückzugreifen. Das wäre eine Art Reset auf einen Zustand, von dem aus das Reformgebäude weiterentwickelt werden könnte.

Bezüglich Verhinderung von Altersarmut und Herstellung eines gleichberechtigten Versorgungssystems gibt das **österreichische Pensionssystem** gute Orientierungen. Österreich bietet sich zur Orientierung auch deshalb an, weil es auf dem Umlageverfahren beruht und ausreichend und garantiert hohe Renten gewährleistet. In Österreich wird seit Jahrzehnten der Beweis erbracht, dass eine gute Altersversorgung möglich ist, ohne Staat und Gesellschaft zu überfordern. Die Daten zur Demografie und zur Wirtschaftskraft je Einwohner sind etwa auf dem gleichen Niveau wie in Deutschland.

Eine **gründliche Rentenreform** wird nur möglich sein, wenn die Interessen und Forderungen der Betroffenen politische Macht bekommen.

- Wird das ohne Gewerkschaften und Sozialverbänden gehen? Wohl kaum!
- Wird das ohne den Druck der Straße gehen? Wohl kaum!
- Wird das ohne Beteiligung der Jungen möglich? Wohl kaum!



1. Mai 2015 in Kiel – Foto: Ulf Stephan, Kieler Arbeiterfotografen

- Wird das bei weiter ungestörten Desinformationen der Presse möglich? Vermutlich nicht.
- Wird das ohne Einforderung direkter Demokratie gehen? Vermutlich nicht.

- Wird das ohne parlamentarische Vertretung für die Forderungen möglich? Vermutlich nicht.

Das sind sechs dicke Bretter, die zu bohren sind. Ein Unterfangen, das irgendwie gleichzeitig angegangen werden müsste. Jedenfalls müssen die sechs Aspekte bei dem Kampf für eine erfolgreiche Rentenreform mit beachtet werden.

Teil III – Begriffe und Fakten verständlich gemacht

Wie wird die Rente berechnet? Rentenniveau - was sagt das aus? Was ist Rentensplitting und wie wird Hinterbliebenenrente berechnet? Was ist Grundsicherung und für wen gibt es die Grundrente? Versicherungsfremde Leistungen – Rolle der Produktivitätsentwicklung – Beamtenpensionen – Politikerversorgung – und einiges mehr wird in einem gesonderten Teil kurz und (hoffentlich) verständlich erklärt. Wer es im Detail und mit Praxisbezug wissen will, dem sei dieses Buch empfohlen: „Der kleine Rentenratgeber“ von Rolf Winkel.

Teil IV – Orientierung im Ausland? – Vorbilder und Legenden

Ein Blick über den deutschen Tellerrand ist in vielerlei Hinsicht hilfreich.

Er ist hilfreich bei der Suche nach gangbaren Reformwegen (vor allem: Österreich).

Jedes Alterssicherungssystem in den Nachbarländern hat seine eigene Historie und Besonderheiten. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man auf den Gedanken kommen, das Beste aus den einzelnen Systemen als Vorlage für eine Rentenreform in Deutschland zu picken. Sozusagen ein „Best-of“ zusammenzustellen. Etwa die Mindestrenten aus Dänemark, die Betriebsrenten aus Schweden, den Arbeitgeberanteil aus Italien, die Kapitalbeteiligung aus der Schweiz, das Versorgungsniveau aus Österreich...

Das wäre aber ein hilfloses Unterfangen, weil diese „Sahnestücke“ eingebunden sind in vom deutschen Rentensystem stark abweichenden Systematiken. Am ähnlichsten ist für Deutschland das österreichische Pensionssystem und deshalb lohnt es, sich darauf zu konzentrieren.

Dennoch ist das Wissen darüber, wie es Andere machen interessant, weil es aufzeigt, dass in anderen Staaten deutlich mehr für Altersversorgung ausgegeben wird, ohne dass Wirtschaft und Staatsfinanzen kollabieren.

Schließlich werden Legendenbildungen durchschaubarer gemacht bzw. widerlegt. Etwa über die schwedischen, norwegischen oder schweizerischen Renten.